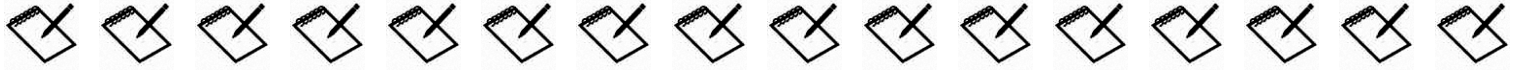


“Wir haben noch eine Rechnung offen ...”



Fortgesetzter Lohnbetrug auf der WBM-Baustelle "Rathauspassagen", Alexanderplatz

Als Angestellte der WBM sind Sie an ein festes Arbeitsverhältnis mit Urlaubsregelung, Krankenversicherung etc. gewöhnt. Im Dezember erhalten Sie vielleicht eine Weihnachtsgeldzulage.

Andere, die für die WBM gearbeitet haben, sind nicht in dieser Lage. Auf der Baustelle "Rathauspassagen", nur wenige Minuten von hier entfernt, ließ die WBM auf ihrer Großbaustelle für 6 oder 6,50 die Stunde Abrissarbeiten durchführen. Die Arbeiter erhielten Vorschüsse, erste Zahlungen, arbeiteten teilweise monatelang, und wurden am Ende nicht ausbezahlt. Diese Praxis vollzog sich über mehr als ein halbes Jahr während der Abrissphase in den Rathauspassagen. Die verschiedensten Subunternehmen waren beteiligt das Muster war dasselbe. Die Arbeiter waren afrikanischer Herkunft. Die Unternehmen spekulierten deshalb darauf, dass die Arbeiter ihre Rechte nicht kannten, nicht über Gewerkschaften, die Möglichkeit des Gangs zum Arbeitsgericht etc. Bescheid wussten. Sie setzten darauf, dass diese sich nicht trauen würden zu protestieren, weil sie einen unsicheren Aufenthaltstitel hatten.

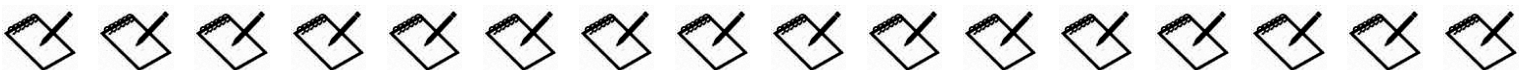
Die Arbeiter haben sich aber gewehrt. Eine Gruppe erhielt ihr Geld, als sie im Juni 2002 ihre Arbeitsmaschinen beschlagnahmte. In weiteren Fällen wurde von den Subunternehmen jedoch die Polizei gerufen, als Arbeiter energisch ihren Lohn einforderten.

Die ganze Dimension des Lohnbetrugs an Asylbewerbern begann sich erstmalig im Juni 2003 aufzuzeigen, als 19 Arbeiter erfolgreich ihren ausstehenden Lohn in Höhe von 13.500 einforderten. Im Zuge dessen stellte sich heraus, dass auf der Baustelle "Rathauspassagen" über einen Zeitraum von mehr als einem halben Jahr systematisch an verschiedenen Gruppen von Arbeitern Lohnbetrug betrieben worden war. Wie im Baugewerbe üblich, wird die Verantwortung in dem undurchsichtigen Geflecht von Subunternehmen und Firmeninsolvenzen hin- und her geschoben. Zusätzlich zur ersten Gruppe wurden die Fälle von 23 Arbeitern bekannt, die um über 30.000 betrogen wurden. Für diese weiteren Arbeiter konnten bisher knapp 12.000 erfolgreich erstritten werden.

Bei der vierten und bisher letzten Gruppe von sieben Arbeitenden, die sich an die Flüchtlingsinitiative Brandenburg und die antirassistische Gruppe Elixir-A gewandt haben und im Rahmen der Kampagne gegen Lohnbetrug unterstützt werden, beträgt die ausstehende Lohnsumme insgesamt 16.000. Seit August dieses Jahres ist die WBM über weitere Fälle von Lohnbetrug informiert. Bei einem gemeinsamen Treffen der Arbeiter, den genannten Initiativen und der WBM am 21. Oktober 2003 wurde der genaue Vorgang des Lohnbetrugs, die ausstehende Lohnsumme und beteiligten Unternehmen der WBM bekannt gegeben. Die WBM versprach, ihre direkten Subunternehmen zu einer Lösung zu drängen. Dies blieb im Fall der genannten sieben Arbeiter jedoch bisher wirkungslos. Diese Haltung erweckt den Eindruck, dass die WBM sich hinter den Subunternehmern verstecken will. Zahlungen zu übernehmen, verweigert die WBM bisher. Damit bleibt sie in diesen letzten Fall noch eine wirkungsvolle Handlung im Sinne einer Lohnauszahlung für die Arbeitenden schuldig.

Mit dem Besuch wollen wir für die noch ausstehenden Lohnzahlungen der Firma MBG Mega Bau & Gebäudereinigung GmbH eines weiteren Sub-Sub-Unternehmens der WBM sorgen. Dieses weigert sich trotz Nachdrucks der antirassistischen Initiativen die geleisteten Arbeiten anzuerkennen und zu entlohnen. Zum Jahresabschluss soll die WBM als Generalübernehmerin erneut an ihre politische Verantwortung für den systematischen Lohnbetrug ihrer Subunternehmer erinnert werden.

Bitte unterstützen Sie uns in unserer Forderung. Arbeitsverhältnisse werden immer prekärer / ungesicherter, oft auch für die regulär Beschäftigten beim Hauptunternehmen. Gleichzeitig werden Arbeitsaufträge an Subunternehmen vergeben und damit auch die Verantwortung für diese Arbeitskräfte ausgegliedert. Das führt zu miesesten Bedingungen für einen Teil der Arbeitenden unter dem selben Dach eines Hauptunternehmens, ohne dass die anderen Angestellten zunächst direkt betroffen sind. Wehren wir uns gemeinsam gegen die Ausbreitung ungesicherter Arbeitsverhältnisse!



Wir fordern den Lohn ein, der diesen Arbeitern zusteht.

Wir fordern Mindestrechte für alle ArbeiterInnen unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit

und fordern auch die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen ein.